

POLITIKER UND UNTERNEHMER – DER UNMÖGLICHE SPAGAT?

Im Gespräch — 14 Dezember 2012

Die Doppelbelastung durch berufliches und politisches Engagement wurde in diesem Jahr mehreren Parlamentariern zu viel. Diese Herausforderung trifft Unternehmer am härtesten – oder doch nicht? Ein Gespräch mit Politologe Andreas Ladner (links) und Nationalrat Lorenz Hess. *

«Leider ist das immer weniger vereinbar, es ist ein gewaltiger Spagat», sagte Peter

Spuhler nach seinem Rücktritt aus dem Nationalrat gegenüber Tages-Anzeiger.ch. Ist der Unternehmer im Parlament aufgrund einer immer komplexer werdenden Welt ein Auslaufmodell?

Lorenz Hess: Ich denke, dass wir uns langsam in diese Richtung bewegen. Der Zahl der echten Unternehmer im Parlament oder auf den Kandidatenlisten ist eher gering. Ich führe ein verhältnismässig kleines Unternehmen mit zehn Mitarbeitenden und kann nur bestätigen, dass dies einen Spagat bedeutet. Gleichzeitig bin ich aber auch ein Verfechter unseres Milizsystems und bin der Meinung, dass es genau so funktionieren muss.

Andreas Ladner: Früher hat ein erfolgreicher Unternehmer zu sein dabei geholfen, ins Parlament zu kommen. Heute sieht das anders aus. Die Politik ist sehr anspruchsvoll geworden, ein Mandat im Nationalrat bedeutet mehr als nur ein halbes Pensum. Da stellt sich schnell die Frage: Was kann man für den eigenen Betrieb noch leisten? Doch es kommt ja noch eine zweite Dimension ins Spiel: Es bringt Vor- und Nachteile mit sich, wenn Menschen mit so klaren Interessensbindungen wie Unternehmer im Parlament sitzen.

Das Parlament soll die Bevölkerung abbilden beziehungsweise vertreten. Zur Bevölkerung gehören auch Unternehmer.

Ladner: Ein Spiegelbild der Bevölkerung wird das Parlament nie sein. Gewisse Berufsgruppen werden immer übervertreten sein, auch deswegen, weil sie einen einfacheren Einstieg in die Politik finden.

Hess: Man muss die Unternehmer im Parlament etwas genauer unterscheiden. Es gibt einige mit wirklich grossen Betrieben, die es soweit gebracht haben, sich das politische Engagement leisten zu können. Hier ist sicher Christoph Blocher zu nennen, beispielsweise auch Hans Grunder, und Peter Spuhler gehörte sicher auch zu dieser besonderen Kaste. Doch bei den KMU ist der Spagat mindestens genau so gross: Man ist als Unternehmer noch selbst massiv an der Wertschöpfung beteiligt. In meinem Fall gilt das auch: Wir betreiben eine Agentur, erbringen also eine Dienstleistung, und die Stunden, die mein Partner Martin Stoll und ich leisten, können den Kunden am teuersten verrechnet werden. Deswegen fällt es Unternehmern aus dem klassischen Mittelbau am schwersten, politisch tätig zu werden.

Ketzerisch dürfte man noch anfügen, dass ein Unternehmer mit einem international agierenden Betrieb und 1000 Mitarbeitenden vielleicht nicht unbedingt die Interessen der klassischen Schweizer KMU vertritt.

Hess: Meiner Meinung nach wurde in letzter Zeit das Thema der Interessensbindung etwas merkwürdig thematisiert: Tatsache ist: In unserem Parlament sitzen 246 Lobbyisten. Denn jeder vertritt Interessen, zum Beispiel die des Verbandes, für den er tätig ist, oder die seines Kantons, oder eben die seiner grossen Unternehmung.

Ladner: Das sehe ich schon ein wenig kritischer. Tauchen irgendwann Loyalitätskonflikte auf? Etwa mit der Partei, für die man gewählt worden ist? Für die sitzt man nämlich in erster Linie im Parlament, und die Interessen des eigenen Unternehmens dürfen dem nicht im Wege stehen. Darüber hinaus muss man die Transparenz ansprechen. Man behauptet zwar gerne, dass heute alles so offen kommuniziert wird. Dennoch hört man immer wieder, dass zum Beispiel ein Mandat vergessen oder nicht korrekt nachgeführt wurde.

Womit wir aber eher bei den Funktionären oder professionellen Verwaltungsräten sind. Der klassische Unternehmer mit eigenem KMU wird eben Unternehmer-Interessen vertreten – etwas völlig Legitimes also.

Hess: Richtig: Politik für KMU zu machen, ist sicher etwas anderes, als Politik speziell für das eigene Unternehmen zu machen. Übrigens halte ich die Möglichkeiten, dem eigenen Unternehmen einen Vorteil zu verschaffen, für eindeutig überschätzt.

Ladner: Dem stimme ich zu.

Hess: Ich möchte aber nochmals auf die Offenheit zurückkommen. Natürlich ist es nur richtig, wenn man als Politiker angibt, welche Verwaltungsratsmandate man hat oder welchen Verbänden man angehört. Doch ich fände es undenkbar, meine Kunden zu nennen, nur weil ich in der Kommunikation tätig bin. Bei einem Anwalt oder Treuhänder käme niemand auf diese Idee.

Ladner: Das heisst aber auch: Es gibt potenzielle Interessenskonflikte – vielleicht nicht nur wegen des eigenen Unternehmens, sondern auch wegen der Menschen, mit denen man geschäftet.

Hess: Die könnte es geben. Doch Interessenkonflikte wird es immer geben, zum Beispiel, wenn es um Entscheidungen geht, die den eigenen Wohnkanton betreffen.

Ladner: Das Problem beginnt, wenn man plötzlich Interessen vertritt, für die man nicht gewählt worden ist. Um bei Ihrem persönlichen Beispiel zu bleiben: Sie sind auch als Berner gewählt worden, und dass dies bei Ihrem Abstimmungsverhalten eine Rolle spielt, ist völlig legitim. Anders sieht es aus bei Interessen, die nicht so offensichtlich zu erkennen sind. Das will man im Parlament eben nicht haben.

Ein mehr als spannendes Thema, meine Herren, das aber nur begrenzt mit der Frage der Vereinbarkeit von unternehmerischer Tätigkeit und politischem Engagement zu tun hat. Herr Hess, Sie haben Anfang Jahr für die Spitze des Schweizerischen Gewerbeverbands kandidiert. Wenn Sie sich durchgesetzt hätten – hätten Sie eine Ihrer anderen Aufgaben beenden müssen?

Hess: Ganz klar: ja! Das Amt als Gemeindepräsident können wir ein wenig ausklammern, weil es nur einen eher geringen Anteil an der Gesamtbelastung hat – Stettlen hat ja nur etwa 3000 Einwohner. Hätte es beim SGV tatsächlich geklappt, wäre ich in der Agentur sozusagen stiller Teilhaber geworden, um die Aufgabe als Nationalrat weiter erfüllen zu können. Im Moment arbeite ich rund 60 Prozent in der Agentur, was durch die Konstellation mit meinem Partner Martin Stoll möglich ist. Dadurch spart unser Unternehmen natürlich auch 40 Prozent meines Gehalts ein. Ausserdem muss man dazu sagen: Dank Firmensitz in Bern habe ich es leichter als viele andere, da ich eben nicht jedes Mal quer durch die Schweiz zu den Nationalratssitzungen anreisen muss.

Ladner: Sie beschreiben eine Situation, die für mich schlüssig erscheint. Was in letzter Zeit für Unmut gesorgt hat, sind Personen, die mit Anstellungsgrad und Bezahlung in der Nähe von 200 Prozent liegen. Das lässt sich einfach nicht vernünftig erklären. So viel kann niemand arbeiten, zumindest nicht effektiv.

Ihre Lösung, Herr Hess, liesse sich aber für einen normalen Angestellten nicht ohne Weiteres realisieren – nicht jeder kann sein Pensum nach Belieben anpassen. Ist es dann überhaupt haltbar, dass politisches Engagement für Unternehmer besonders schwer zu verwirklichen ist?

Hess: Ich muss keinen Chef fragen, ob ich das darf – oder im Zweifel, ob ihm meine Parteizugehörigkeit passt. Wenn ich es mir leisten kann, muss es nur noch organisiert werden. Umgekehrt hat auch ein Angestellter einen Vorteil: Wenn sein Chef es genehmigt, muss er sich keine Gedanken mehr machen. Den Spagat, von dem wir sprechen, gibt es für ihn kaum. Er hat dann eine klare Regelung, an die er sich halten kann. Ich kann nicht während der Session so tun, als gäbe es mich im Unternehmen nicht mehr. Einem guten Kunden sagt man nicht, dass fast einen Monat lang kein Meeting mehr möglich ist.

Ladner: Das trifft auch auf manche Angestellte zu. Es geht wohl eher darum, wie viel Verantwortung man im Unternehmen trägt. Wir befinden uns gerade auf der Kippe: Ein Teil der Parlamentarier kann ganz oder beinahe von der politischen Arbeit leben. Das hängt natürlich auch von den persönlichen Lohnerwartungen ab. Gleichzeitig gibt es ein zweites Lager, welches nebenher teilweise noch sehr lukrative Mandate oder andere Aufgaben übernimmt. So entsteht ein gewaltiges Gefälle im Parlament.



Die Welt wird komplizierter – und damit die Politik. Kann man das aktuelle Milizsystem für unbegrenzte Zeit aufrecht erhalten?

Ladner: Sagen wir es so (lacht): In den nächsten drei Legislaturen sicher! Von einer Änderung sind wir noch relativ weit entfernt. Es gibt auch bisher noch nicht ausgeschöpfte Möglichkeiten, um den Parlamentariern ein wenig den Druck zu nehmen. Beispielsweise wird diskutiert, inwieweit persönliche Mitarbeiter zum Standard werden oder Parlamentsdienste ausgebaut werden müssen. Ein Grundproblem, das ich hier sehe: Wir haben in der Schweiz keine starken Parteien, die die Parlamentarier in ihrer Tätigkeit unterstützen können. Das ist teilweise positiv zu werten: Eine Partei schreibt nicht vor, wie ihre Mitglieder abzustimmen haben. Doch in anderen Ländern

Meistgelesen	Neue Artikel	Kommentare
	Die Bergwerker aus Baar Februar 22, 2013	
	Marketing und Verkauf in der digitalen Welt Dezember 16, 2012	
	Das Herz schlägt für die Umwelt Februar 23, 2013	
	Energie sparen im Büro April 24, 2013	
	Die Nase wettbewerbsmässig vorn Juni 14, 2012	

WERBUNG

TAGS

Anja Stubenrauch App Arbeitskampf Ausstrahlung
 Authentizität **Auto** Brennstoff Cafuego Change
 Management Datenübermittlung Diamant
Führungskräfte Familienunternehmen
 Ford Halbjahresabschluss Identifikation Kaffeesatz
Lastwagen Mercedes
 Microdiamant Mobilität **Nachfolge**
Nationalrat Persönlichkeit Smartphone
 Smartphones Spring Tablet PC
Verwaltungsrat Ziele

ARCHIV

THEMEN

Dezember 2013	Business Cases
November 2013	Expertenwissen
Oktober 2013	Fokusthema
September 2013	Im Gespräch
August 2013	KMU des Monats
Juli 2013	Nutzfahrzeuge
Juni 2013	Schweissarbeit
Mai 2013	Standards
April 2013	
März 2013	
Februar 2013	
Dezember 2012	
November 2012	
Oktober 2012	
Juli 2012	
Juni 2012	
Mai 2012	
Januar 2012	
Mai 2011	
Dezember 2010	

unterstützen Parteien ihre Abgeordneten wesentlich besser, etwa in Form von Grundlagenarbeit, die fundierte Positionierung ermöglicht. Ich habe das Gefühl, dass für unsere Politiker oft der nächste anstehende Entscheid den Horizont bedeutet – um sich weiterführende, wenigstens mittelfristig ausgerichtete Gedanken zu machen, fehlt tatsächlich die Zeit.

Hess: Herr Ladner spricht zwei ganz wesentliche Punkte an, wenn es um die Entlastung von Parlamentariern geht. So wichtig die persönlichen Mitarbeiter auch sein mögen – in der aktuellen Situation bringt das Konzept auch Probleme mit sich. Man wird plötzlich zum Arbeitgeber und beschäftigt jemanden in einem etwas seltsamen und teils unregelmässigen Pensum. In diesem Fall kann es sich als Vorteil erweisen, Unternehmer zu sein, da man die Anstellung vielleicht über den eigenen Betrieb lösen kann. Nicht zu vergessen: Momentan ist der Betrag, der Parlamentariern für einen persönlichen Mitarbeiter bezahlt wird, Teil der gesamten Entschädigung, also nicht zweckgebunden. Somit ist es nur legitim, sich zu überlegen, ob man das Geld tatsächlich für einen Mitarbeiter verwenden möchte, um dann selbst noch Zeit für einen zusätzlichen Teilzeit-Job zu haben, oder man nicht lieber die Aufgaben eines solchen Mitarbeiters selbst übernimmt und das Geld damit behalten kann. Das Milizsystem ist nicht am Ende, zumindest in den nächsten Legislaturen nicht, da bin ich einer Meinung mit Herr Ladner. Doch latent sind Abschaffungstendenzen vorhanden, und es gibt bereits Entwicklungen in Richtung Berufspolitiker. Gerade die Jungen, die heute im Parlament sitzen, setzen vielfach alles auf die Karte Politik. In den Parteien ist das natürlich gern gesehen, denn so wird es leichter, auch manch ungeliebtes «Ämtli» zu vergeben. Wenn Junge es nach der Uni ins Parlament schaffen, verdienen sie unter Umständen mehr, als sie als Berufseinsteiger in der freien Wirtschaft bekommen würden. Hier entsteht eine neue Kaste, das zieht sich durch alle politischen Lager. Ich sehe das nicht nur positiv: Es wäre wünschenswert, dass jemand vor dem Einzug ins Parlament schon mal mit zwei Beinen im Leben, so zu sagen in der freien Wildbahn der Wirtschaft gestanden hat.

Ladner: Völlig richtig, dass Politiker auch die Praxis kennen, ist ein Vorteil der Schweiz. Noch haben wir keine Berufspolitiker-Kultur. Bei uns lernt man das nicht wie einen Job – und man muss sich nicht 30 bis 40 Jahre halten, weil man damit nun einmal sein Geld verdient. Das verhindert auch den Vorwurf, dass nicht aus Überzeugung politisiert wird, sondern aus Opportunismus. Und: Das Schweizer Modell macht es auch leichter, sich wieder aus der Politik zurückzuziehen, weil die meisten Politiker ein zweites Standbein behalten.

20 Minuten online hat recherchiert, dass es 1985 im National- und Ständerat 15 Unternehmer mit fünf oder mehr Angestellten gab. Heute haben wir 23. Widerspricht das nicht der These, dass der viel zitierte Spagat für Unternehmer immer schwieriger wird?

Ladner: Eine andere Studie besagt, dass es unter den Deutschschweizer Politikern anteilmässig mehr Unternehmer gibt als unter den westschweizerischen. Für mich steht fest: Das hängt von den Parteien ab. Die SVP ist seit 1985 deutlich stärker geworden, und traditionell sind dort viele Kleinunternehmer Mitglied, mehr als in anderen Parteien.

Hess: 23 Unternehmer sind noch immer nicht sehr viele ...

Müssten es also mehr Unternehmer im Parlament geben?

Hess: Ob es wirklich mehr braucht, kann ich nicht so einfach beantworten. Aber es sind sicher nicht zu viele. Andere Gruppen wie beispielsweise die Landwirte sind proportional viel stärker vertreten. Wie wir vorher gesagt haben: Ein genaues Abbild der Bevölkerung wird das Parlament sowieso nie werden.

Ladner: Unabhängig davon, wie stark die Unternehmer im Parlament vertreten sind, muss man fragen, ob eine KMU-freundliche Politik betrieben wird. Da dürfen wir, so denke ich, objektiv betrachtet festhalten, dass die Schweiz im internationalen Vergleich sicher keine KMU-feindliche Politik betreibt.

Hess: Verbesserungspotenzial gibt es immer, doch Sie haben Recht, die Schweizer Politik ist generell nicht KMU-feindlich. Wenn dem so wäre, gehe ich fest davon aus, dass sich wegen des steigenden Leidensdrucks mehr Unternehmer politisch engagieren würden. Der ehemalige Arbeitgeber-Präsident Rudolf Stämpfli hat es einmal schön formuliert: Unternehmer zu sein, umfasst verschiedene Bereiche wie etwa Finanzen, Personalführung, Konkurrenzbeobachtung. Wenn man alles in einem Kuchendiagramm abbildet, muss ein Segment für Politik oder allgemein für die Öffentlichkeit reserviert bleiben. Zum unternehmerischen Denken gehört auch, sich mit dem politischen Umfeld mindestens zu befassen oder eben selbst darauf einzuwirken.

Ladner: Mir gefällt diese Optik. Gerade für das Engagement auf den unteren Ebenen erweist sich der Return in Form etwa von Prestige meistens eher als gering. Wir vergessen schnell, wie wichtig es ist, dass sich Menschen finden, die diese Ämter nebenher übernehmen. Menschen, die sich für vier oder acht Jahre oder gar noch länger engagieren. Das stellt ein enormes soziales Kapital dar, über das wir in unserem Land verfügen.

Christoph Blocher sagte in einem Interview anlässlich des Falls Spuhler, ein Unternehmer müsse und werde sich im Zweifel immer für sein Unternehmen und gegen die Politik entscheiden. Herr Hess, als Unternehmer: Stimmen Sie dem zu?

Hess: Zu hundert Prozent ja, und das nicht nur, wenn es zu grundsätzlichen Entweder-Oder-Situation kommt. Das ist heute schon so, alltäglich: Business first! Als ich noch im Grossen Rat des Kantons Bern war, hatte ich immer wieder Absenzen. Dazu stehe ich auch: Wenn eine Ratssitzung mit einem wichtigen Termin mit einem Kunden kollidiert, geht der Kunde vor. Das schulde ich auch meinen Mitarbeitern.

Ladner: In der Politik wird sich auch ohne allzu grosse Schwierigkeiten jemand finden, der die gleichen Ideen vertreten kann. Man ist dort leichter zu ersetzen als in einem Unternehmen, gerade wenn man dieses selbst gegründet oder aufgebaut hat.

Hess: Sollte ich morgen feststellen, dass Unternehmen und Politik nicht mehr vereinbar sind, kommuniziere ich in einem Dreizeiler meinen Rücktritt, bekomme dafür vermutlich sogar noch eine Zeitungsmeldung – und am meisten

Juni 2010

März 2010

LETZTE ARTIKEL

«Machen Sie sich nur nicht zu viele Sorgen»

Aktive Gestaltung von Kundenerlebnissen

Du kannst, weil du darfst, was du willst

Das Know-how scheidender Mitarbeitender transferieren

Ein Tempel der Nachhaltigkeit

freut sich der Erste auf der Ersatzliste. Deshalb habe ich auch Mühe mit dem vielen Jammern, das wir aktuell hören, und den medienwirksamen Bekundungen von der übermässigen Belastung. Bei Peter Spuhler hat sich der Spagat wirklich als nicht mehr machbar erwiesen. Daraufhin trat er zurück, ohne zu jammern. Das ist ein ganz normaler Vorgang, und er hat die einzig richtige Entscheidung getroffen. Man sollte Konsequenzen ziehen, bevor man öffentlich jammern muss.

Meine Herren, herzlichen Dank für das spannende Gespräch.

*Aufgezeichnet von Tobias Wessels, Fotos: Marco Zanoni

ÄHNLICHE ARTIKEL



(0) LESER KOMMENTARE

HINTERLASSE EINE ANTWORT

Deine E-Mail-Adresse wird nicht veröffentlicht. Erforderliche Felder sind markiert *

Name *

E-Mail-Adresse *

Website

Kommentar

Du kannst folgende [HTML](#)-Tags benutzen:

```
<a href="" title=""> <abbr title=""> <acronym title=""> <b> <blockquote cite=""> <cite> <code> <del  
datetime=""> <em> <i> <q cite=""> <strike> <strong>
```

Kommentar abschicken

SERVICE

Impressum | Abo

WEITERE PUBLIKATIONEN

Titel der Annoncen-Agentur Biel AG

